

Brexit, Handelsstreit und eine Politik der schwarzen Null – Geht Deutschlands Wirtschaft schweren Zeiten entgegen?

13. November 2019, Stadthalle in Braunschweig

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung lud am 13.11. in die Stadthalle Braunschweig ein. Dabei standen die aktuelle Lage der deutschen Wirtschaft und der Konflikt zwischen den Befürworter_innen der schwarzen Null und den Befürworter_innen von Investitionen im Mittelpunkt. Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen, die Gäste und betonte die Wichtigkeit der Debatte. So sei die Entscheidung zwischen schwarzer Null und Investitionen eine der richtungsweisenden Fragen unserer Gesellschaft.



Urban Überschär

Danach begann **Dr. Christos Pantazis MdL**, stellv. Vorsitzender und europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit seiner thematischen Einführung. Darin verwies er anfangs auf einige allgemeine Zahlen, welche die aktuelle Wirtschaftslage sowie die Abhängigkeit Deutschlands von Handelspartnern verdeutlichen sollten. So gehen führende Ökonomen nur noch von einem Anstieg des BIP um



Dr. Christos Pantazis

0,5% aus. Letztes Jahr sei noch mit 1,8% gerechnet worden. In Niedersachsen sollen es 0,4% sein, nachdem es 2018 noch 1,1% gewesen waren. Außerdem ging er auf die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft ein. Beispielsweise habe Deutschland 2018 Waren im Wert von 1317,9 Milliarden Euro exportiert, aber nur Waren im Wert von 1089,68 Milliarden Euro importiert. Dieses Ungleichgewicht würde einigen Handelspartnern ein Dorn im Auge sein. Des Weiteren stellte Pantazis die Abhängigkeit gegenüber bestimmten Ländern dar. So würde Deutschland in die USA am meisten und nach Großbritannien am fünfthöchsten exportieren. Das sei mit Blick auf den Brexit und amerikanische Strafzölle auf deutsche Produkte Grund zur Sorge. Schließlich „hängen gut bezahlte Arbeitsplätze vom freien

Welthandel ab.“ Abschließend ging er auf die neuen Herausforderungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ein. Dabei seien vor allem Klimaschutz, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur zu nennen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, seien deutlich mehr Investitionen nötig. Ernüchtert stellte er aber fest: „Die schwarze Null und eine ausgeglichene Bilanz sind für manchen Politiker eine heilige Kuh.“

Im Anschluss hielt **Eva Stassek**, Erste Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Braunschweig, ihr Plädoyer für mehr Investitionen. So ist sie der Meinung, dass der ökologische Wandel nur mit mehr Investitionen gelingen könne und forderte „so etwas wie einen Marshall-Plan der Bundesregierung“. Schließlich sei zu beobachten, dass viele Unternehmen noch keine Strategien für die sich ändernden Rahmenbedingungen der Wirtschaft haben. Gerade solche Strategien seien aber unerlässlich in dem laufenden Transformationsprozess. Als Beispiel nannte Stassek den Verbrennungsmotor, von dem gerade Niedersachsen sehr abhängig sei. Der Verbrennungsmotor ist in ihren Augen ein Auslaufmodell und das würde große Auswirkungen auf Produktion und Handel haben. Auf der anderen Seite sah sie aber auch Chancen. So würden sich im Zuge der Digitalisierung viele neue Möglichkeiten bieten und neue Arbeitsfelder entstehen. Am Ende schlug sie in die gleiche Kerbe wie Pantazis und warnte: „Wenn der Brexit durchgezogen wird, haben wir ein Zollproblem.“



Eva Stassek

Danach blickte **Florian Bernschneider**, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Region Braunschweig e.V., „auf zehn sehr starke Jahre“ zurück. Er betonte aber auch einschränkend, dass die Rahmenbedingungen in Form von günstigen Rohstoffpreisen und einem niedrigen Zins optimal waren. Intrinsisch gesehen sei die deutsche Wirtschaft eher schwächer geworden, was zum Beispiel an der Innovationskraft deutlich werde. Bernschneider wies aber auch darauf hin, dass ein konjunktureller Dip gefolgt von weltpolitischen Unsicherheiten und einer Transformation den Erfahrungen der Vergangenheit entspreche. Vielmehr kritisierte er, dass die Politik sich in den letzten Jahren eher der Verteilungsfrage als der Frage des Erwirtschaftens gewidmet habe. Zuletzt plädierte er für einen, von Freihandelsabkommen, geregelten Welthandel. Deshalb forderte er die Ratifizierung von CETA und bedauerte die Nichtumsetzung von TTIP.

Im Anschluss führte **Torsten Windels**, Selbstständiger Ökonom und Koordinator der Keynes-Gesellschaft Regionalgruppe Hannover, seine Ansichten zu dem Thema aus. Er betonte anfangs, dass es Deutschland von außen betrachtet sehr gut gehen würde. Aus griechischer, portugiesischer und spanischer Sicht sei man der Gewinner der Finanzkrise. Für ihn ist ein

maßgebliches Manko, dass „wir zu viel sparen und zu wenig ausgeben“. Damit meint er alle Sektoren der Volkswirtschaft. So würden Exportüberschüsse zum Teil überhaupt erst entstehen. Auf diesem Gebiet würde Deutschland von den Handelszöllen deutlich empfindlicher getroffen als die USA oder Großbritannien.



v.l.n.r.: Windels, Stassek, Pantazis, Bernscheider, Schmitt

In der anschließenden, von **Cosima Schmitt** moderierten, Podiumsdiskussion sagte Windels dann, dass der andere Grund für die Exportüberschüsse die Qualität deutscher Produkte sei. Diese wären auf dem Weltmarkt gefragt. Sein Appell lautete deshalb, dass Deutschland mehr importieren müsse. Der nächste

wichtige Aspekt, der diskutiert wurde, war das Thema Generationengerechtigkeit. Ein oft genannter Kritikpunkt

ist, dass man keine neuen Investitionen tätigen dürfe, um den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Schulden zu hinterlassen. Dem entgegnete Windels, dass Investitionen in die Zukunft vor allem im infrastrukturellen Bereich getätigt würden. So dürfe es später nicht heißen: „Die Brücke ist schuldenfrei, kann aber nicht benutzt werden.“ Außerdem würden Investitionen einen wirtschaftlichen Fortschritt bewirken, durch den auch mehr Geld, beispielsweise durch Steuern, eingenommen werden könne. Für das Auflockern der schwarzen Null zugunsten zukunftsorientierter Investitionen bestand bei den Diskutant_innen ein Konsens und Bernscheider betonte abschließend, dass man Staatsschulden keineswegs mit Privatschulden vergleichen könne.